


Einladung

**Hiermit laden wir Sie zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
am Dienstag, den 28.05.2019, um 19.30 Uhr
in das Rathaus Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Ratssaal
recht herzlich ein.**

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung
- TOP 2 Protokollkontrolle
- TOP 3 Bericht des Bürgermeisters
- TOP 4 Fragen und Anregungen der Gäste
- TOP 5 Hauptsatzung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Vorstellung und
 Beschluss
- TOP 6 Wahlentschädigungssatzung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach,
 Vorstellung und Beschluss
- TOP 7 Verkauf des Flurstückes 92/3 der Gemarkung Wilschdorf
- TOP 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
 - Beschlüsse
- TOP 9 Fragen und Anregungen der Gemeinderäte und Ortsvorsteher

Mit freundlichen Grüßen



Timmermann
Bürgermeister

**SITZUNGS-BESCHLUSS
zum TOP 5**

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 14.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.:

- | | |
|---|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> MitJa-Stimmen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| <input type="checkbox"/> MitNein-Stimmen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | |
-

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 28.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.: /2019

- | | |
|---|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> MitJa-Stimmen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| <input type="checkbox"/> MitNein-Stimmen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | |
-

Bezeichnung der Vorlage: Hauptsatzung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Gesetzliche Grundlagen: § 4 SächsGemO

Beschluss: Der Gemeinderat Dürrröhrsdorf-Dittersbach beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Begründung:

Die Neufassung der Hauptsatzung erfolgt vorrangig zur Abschaffung des Bauausschusses und zur Überleitung der Aufgaben in den Hauptausschuss. Dies soll zu einer effektiveren Arbeit bei gleichzeitig höherer Transparenz der Gremienarbeit führen. Doppelbehandlungen sollen vermieden werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass ein Ausschuss ausreichend ist und nicht zu lange Tagesordnungen auftreten werden. Die Möglichkeit, sachkundige Bürger wie bisher in den Bauausschuss zu berufen, soll zukünftig für den Hauptausschuss gelten. Die Wertgrenzen wurden nahezu unverändert gelassen. Die Zuständigkeit des Gemeinderates bei der Einstellung von Personal wurde auf die Leitungsebene der Verwaltung, der Kindertagesstätten und des Bauhofes festgelegt.

Gesetzliche Zahl des Gemeinderates: 16
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war keine Gemeindevertreter /
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

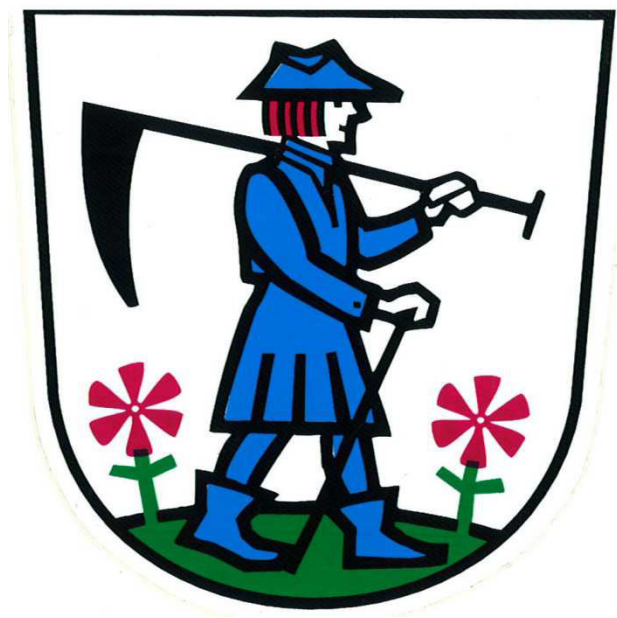
Siegel

.....
Timmermann
Bürgermeister

Hauptsatzung

DER GEMEINDE

DÜRRRRÖHRSDORF-DITTERSBACH



**Hauptsatzung
der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
vom 28.05.2019**

Auf der Grundlage der §§ 4 und 21 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), hat der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach in seiner Sitzung am 28. Mai 2019 mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder die folgende Hauptsatzung beschlossen:

Abschnitt I
Organe der Gemeinde

§ 1
Organe der Gemeinde

Organe der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister gemäß § 1 Abs. 4 SächsGemO.

Abschnitt II
Gemeinderat

§ 2
Rechtsstellung und Aufgaben

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger gemäß § 16 SächsGemO und das Hauptorgan der Gemeinde nach § 27 Abs. 1 SächsGemO. Er führt die Bezeichnung Gemeinderat. Der Gemeinderat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten überträgt.

Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3
Zusammensetzung des Gemeinderates

- (1) Der Gemeinderat besteht aus den Gemeinderäten und dem Bürgermeister als Vorsitzenden.
- (2) Nach dem Stand vom 31.12.2017 beträgt die Einwohnerzahl der Gemeinde 4180 Einwohner. Die Zahl der Gemeinderäte wird gemäß § 29 Abs. 2 SächsGemO auf 16 festgelegt.

Abschnitt III
Ausschüsse des Gemeinderates

§ 4
Beschließende Ausschüsse und deren Aufgaben

- (1) Es wird folgender beschließende Ausschuss nach § 41 Abs. 1 SächsGemO gebildet:

der Hauptausschuss.
- (2) Der Hauptausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und 8 weiteren Mitgliedern des Gemeinderates. Der Gemeinderat bestellt die Mitglieder und deren Stellvertreter in gleicher Zahl widerruflich aus seiner Mitte. Gemäß § 44 Abs. 2 SächsGemO werden 3 Einwohner in den Ausschuss bestellt.
- (3) Der beschließende Ausschuss wird die in § 5 Abs. 2 und dieser Satzung beschriebenen Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen. Soweit sich die Zuständigkeit nach Wertgrenzen bestimmt, beziehen sich diese auf einen einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig. Bei voraussehbar wiederkehrenden Leistungen bezieht sich die Wertgrenze auf den Jahresbetrag.
- (4) Im Rahmen seiner Zuständigkeit entscheidet der beschließende Ausschuss an Stelle des Gemeinderates (§ 41 Abs. 3 Satz 1 SächsGemO).
- (5) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat nach § 28 Abs. 2 SächsGemO vorbehalten ist, sollen dem beschließenden Ausschuss innerhalb seines Aufgabengebietes zur Vorberatung zugewiesen werden. Anträge, die nicht vorberaten worden sind, müssen auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderates dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung überwiesen werden.

§ 5
Aufgaben des Hauptausschusses

- (1) Der Hauptausschuss ist für folgende Geschäftsbereiche zuständig:
 1. allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
 2. Personalangelegenheiten
 3. Finanz- und Haushaltswirtschaft einschließlich Abgabenangelegenheiten
 4. Wirtschafts- und Fremdenverkehrsförderung
 5. gemeindliche Schulangelegenheiten, Kindertagesstätten
 6. soziale und kulturelle Angelegenheiten
 7. Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
 8. Gesundheitsangelegenheiten
 9. Feuerlöschwesen sowie Katastrophen- und Zivilschutz
 10. Verwaltung der gemeindlichen Liegenschaften
 11. Marktwesen
 12. Rechnungsprüfung
 13. Ortsentwicklung und Denkmalschutz
 14. Versorgung und Entsorgung
 15. Straßenbeleuchtung, techn. Verwaltung der Straßen, Bauhof, Fuhrpark
 16. Verkehrswesen
 17. Friedhofs- und Bestattungsangelegenheiten
 18. technische Verwaltung gemeindeeigener Gebäude

19. Sport-, Spiel-, Bade- u. Freizeiteinrichtungen, Park- und Gartenanlagen
20. Umweltschutz, Landschaftspflege und Gewässerunterhaltung
21. Vergaben nach VOB/VOL sowie Architektenleistungen nach VOF.

(2) Innerhalb des vorgenannten Geschäftskreises werden dem Hauptausschuss folgende Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen:

1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 50.000 EUR, aber nicht mehr als 100.000 EUR beträgt;
2. die Zustimmung zu überplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000 EUR aber nicht mehr als 10.000 EUR im Einzelfall;
3. Die Entscheidung über den Abschluss von Nachtragsvereinbarungen von mehr als 20.000 EUR, aber nicht mehr als 70.000 EUR.
4. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Zuschüssen von mehr als 1.000 EUR aber nicht mehr als 5.000 EUR im Einzelfall;
5. die Stundung von Forderungen betragsmäßig unbegrenzt von 2 bis 6 Monaten sowie Beträge von mehr als 5.000 EUR bis 50.000 EUR und länger als 6 Monate;
6. den Verzicht auf Erlass der Gemeinde oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, wenn der Erlass oder die Niederschlagung, der Gemeinde im Einzelfall mehr als 500 EUR aber nicht mehr als 5.000 EUR beträgt;
7. Tausch, Veräußerung und dingliche Belastung des Anlagevermögens, wenn der Wert mehr als 1.000 EUR aber nicht mehr als 10.000 EUR im Einzelfall beträgt;
8. Verträge über die Nutzung von Grundstücken des Anlagevermögens bei einem jährlichen Miet- und Pachtwert von mehr als 5.000 EUR aber nicht mehr als 10.000 EUR im Einzelfall;
9. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, wenn der Wirtschaftswert mehr als 5.000 EUR und nicht mehr als 25.000 EUR im Einzelfall beträgt;
10. Vorbereitung und Durchführung des Dittersbacher Jahrmarktes;
11. Vorbereitung und Durchführung des Wesenitztaler Weihnachtsmarktes;
12. die Erklärung des Einvernehmens der Gemeinde bei der Entscheidung über:
 - a) die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre,
 - b) die Zulassung von Ausnahmen und die Erteilung von Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes,
 - c) die Zulassung von Vorhaben während der Aufstellung eines Bebauungsplanes,
 - d) die Zulassung von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile,
 - e) die Zulassung von Vorhaben im Außenbereich, wenn die jeweilige Angelegenheit für die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde nicht von grundsätzlicher Bedeutung oder von besonderer Wichtigkeit ist,
 - f) die Teilungsgenehmigungen.
13. die Stellungnahmen der Gemeinde zu Bauanträgen;

14. die Vergabe von Planungsleistungen nach den Vorschriften der HOAI von 20.000 EUR bis zu einer Höhe von 70.000 EUR im Einzelfall;
15. die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabebeschluss) sowie die Anerkennung der Schlussabrechnung bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von 50.000 EUR und nicht mehr als 100.000 EUR im Einzelfall;
16. Anträge auf Zurückstellung von Baugesuchen und von Teilungsgenehmigungen;
17. die Erteilung von Genehmigungen und Zwischenbescheiden für Vorhaben und Rechtsvorgänge nach dem zweiten Kapitel des Baugesetzbuches (Städtebauordnung);
18. Beurteilung von Vorhaben nach ihrer Umweltverträglichkeit, Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Bauleit- und Verkehrsplanung.

§ 6

Beratende Ausschüsse und deren Aufgaben

Bei Bedarf können zeitweilige Ausschüsse und Arbeitsgruppen gebildet werden.

Abschnitt IV

Bürgermeister

§ 7

Rechtsstellung des Bürgermeisters

Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeinderates und Leiter der Gemeindeverwaltung. Er vertritt die Gemeinde gemäß § 51 Abs. 1 SächsGemO.

Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit gemäß § 51 Abs. 2 SächsGemO. Seine Amtszeit beträgt 7 Jahre gemäß § 51 Abs. 3 SächsGemO.

§ 8

Aufgaben des Bürgermeisters

- (1) Der Bürgermeister ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Gemeindeverwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschrift oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben gemäß § 53 SächsGemO.
- (2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zu einem Betrag von 50.000 EUR im Einzelfall,
 2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben bis zu 5.000 EUR im Einzelfall,

3. die Entscheidung über den Abschluss von Nachtragsvereinbarungen bei Beträgen bis 20.000 EUR,
4. die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie von Unterstützungen und Arbeitgeberdarlehen im Rahmen der vom Gemeinderat erlassenen Richtlinien,
5. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Zuschüssen bis zu 1.000 EUR im Einzelfall,
6. die Stundung von Forderungen im Einzelfall betragsmäßig unbegrenzt bis 2 Monate sowie Beträge bis 5.000 EUR und 12 Monate,
7. der Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, im Einzelfall nicht mehr als 500 EUR,
8. Tausch, Veräußerung und dingliche Belastung des Anlagevermögens von beweglichen Vermögen im Wert bis zu 1.000 EUR im Einzelfall,
9. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 5.000 EUR im Einzelfall, bei der Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in unbeschränkter Höhe,
10. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungen aus Gewährverträgen und der Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 2.500 EUR nicht übersteigen,
11. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, wenn im Einzelfalle der Wirtschaftswert nicht mehr als 5.000 EUR beträgt,
12. die Förderung der Aus- und Fortbildung von Beschäftigten.

§ 9 **Stellvertretung des Bürgermeisters**

Der Gemeinderat bestellt aus seiner Mitte 2 Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Stellvertretung beschränkt sich auf die Fälle der Verhinderung gemäß § 54 Abs. 1 SächsGemO.

§ 10 **Personalangelegenheiten**

- (1) Nach Maßgabe des § 28 Abs. 4 SächsGemO entscheidet über die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der gemeindlichen Bediensteten sowie über die Festsetzungen von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht
 - a) der Gemeinderat bei leitenden Angestellten sowie bei Angestellten ab Entgeltgruppe 10 bzw. S9 TVöD im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Kommt es zu keinem Einvernehmen, entscheidet der Stadtrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten allein.
 - b) der Bürgermeister bei Angestellten bis einschließlich Entgeltgruppe 9c TVöD und Arbeitern.

- (2) Die Personalauswahl hat nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Bewerber zu erfolgen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist hierbei zu beachten. Schwerbehinderte sind bei gleichen Voraussetzungen nach Satz 1 wie andere Bewerber bevorzugt einzustellen.

§ 11 **Gleichstellungsbeauftragte**

- (1) Der Bürgermeister bestellt eine Dienstkraft zum / zur Gleichstellungsbeauftragten. Der / Die Gleichstellungsbeauftragte erfüllt seine / ihre Aufgabe im Ehrenamt.
- (2) Aufgabe des / der Gleichstellungsbeauftragten ist es, in der Gemeindeverwaltung auf die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes) hinzuwirken. Dazu gehört insbesondere:
- Hinwirkung auf die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nach Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz
 - die Einbringung frauenspezifischer Belange in der Arbeit von Gemeindevertretern und Gemeindeverwaltung sowie
 - die Mitwirkung an Maßnahmen der Gemeindeverwaltung, die die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der beruflichen Lage von Frauen berühren.
- (3) Der / Die Gleichstellungsbeauftragte ist in der Ausübung seiner / ihrer Tätigkeit unabhängig und kann an den Sitzungen des Gemeinderates sowie der für seinen / ihren Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen. Der Bürgermeister hat den Gleichstellungsbeauftragten / die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 2 rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.

Abschnitt V **Mitwirkung der Bürgerschaft**

§ 12 **Einwohnerversammlung**

Eine Einwohnerversammlung ist gemäß § 22 Abs. 1 SächsGemO anzuberaumen. Nach § 22 Abs. 2 SächsGemO ist eine Einwohnerversammlung anzuberaumen, wenn dies von den Einwohnern beantragt wird. Der Antrag muss unter Bezeichnung der zu erörternden Angelegenheiten schriftlich eingereicht werden. Der Antrag muss von mindestens 10 v. H. der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterzeichnet sein.

§ 13 **Bürgerbegehren**

Die Durchführung eines Bürgerentscheids nach § 25 SächsGemO kann schriftlich von Bürgern der Gemeinde und von nach § 16 Abs. 1 Satz 2 Wahlberechtigten beantragt werden (Bürgerbegehren). Das Bürgerbegehren muss mindestens von 10 v. H. der Bürger der Gemeinde unterzeichnet sein.

Abschnitt VI
Ortschaftsverfassung

§ 14
Ortschaftsverfassung

(1) In folgenden Ortsteilen wird die Ortschaftsverfassung eingeführt:

- Dürrröhrsdorf-Dittersbach
- Porschendorf / Elbersdorf
- Stürza
- Dobra
- Wünschendorf
- Wilschdorf

(2) Für die vorgenannten Ortsteile wird jeweils ein Ortschaftsrat gebildet und ein ehrenamtlich tätiger Ortsvorsteher bestellt. Die Zahl der Mitglieder in den Ortschaftsräten der einzelnen Ortsteile wird wie folgt festgelegt:

- | | |
|--------------------------------------|---------------|
| - Dürrröhrsdorf-Dittersbach | 7 Mitglieder |
| - Ortsteil Stürza | 5 Mitglieder |
| - Ortsteil Dobra | 4 Mitglieder |
| - Ortsteil Wünschendorf | 4 Mitglieder |
| - Ortsteil Porschendorf / Elbersdorf | 6 Mitglieder |
| - Ortsteil Wilschdorf | 6 Mitglieder. |

(3) Bürgerentscheide und Bürgerbegehren gemäß §§ 24 und 25 SächsGemO können auch in den Ortsteilen, in denen die Ortschaftsverfassung eingeführt ist, durchgeführt werden.

Abschnitt VII
Schlussbestimmungen

§ 15
Inkrafttreten

(1) Die Hauptsatzung tritt nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung in der Fassung vom 10.07.2015 außer Kraft.

Dürrröhrsdorf-Dittersbach, den 28.05.2019

Jens-Ole Timmermann
Bürgermeister

Hinweis

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen nach § 4 Abs. 4 SächsGemO. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht öffentlich oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formfehlern und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**SITZUNGS-BESCHLUSS
zum TOP 6**

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 14.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.:

- | | |
|---|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> MitJa-Stimmen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| <input type="checkbox"/> MitNein-Stimmen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | |
-

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 28.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.: /2019

- | | |
|---|------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> MitJa-Stimmen | <input type="checkbox"/> vertagt |
| <input type="checkbox"/> MitNein-Stimmen | <input type="checkbox"/> abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | |
-

Bezeichnung der Vorlage: Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bei Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Gesetzliche Grundlagen: § 4 SächsGemO

Beschluss: Der Gemeinderat Dürrröhrsdorf-Dittersbach beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bei Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Begründung:

Die Neufassung erfolgte auf Grund der Erhöhung des „Erfrischungsgeldes“ in der Bundeswahlordnung. Die Summen wurden in die neue Satzung übernommen. Zudem wurde die recht alte Satzung modernisiert und konkretisiert. Die Mitglieder der Wahlvorstände bzw. Stimmbezirksvorstände erhalten pro Wahl- bzw. Abstimmungstag eine Entschädigung in folgender Höhe: a) Vorsteher 35 Euro , b) Stellvertreter und Schriftführer 35 Euro und übrige Beisitzer 25 Euro. Bei mehreren Wahlen die am selben Tag stattfinden, werden 10 Euro zusätzlich gezahlt.

Gesetzliche Zahl des Gemeinderates: 16
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war keine Gemeindevertreter /
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Siegel

.....
Timmermann
Bürgermeister

Satzung
über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bei Wahlen, Volks- und
Bürgerentscheiden
der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
-Entschädigungssatzung Wahlen, Volks- und Bürgerentscheide-
vom 28.05.2019

Auf der Grundlage der §§ 4 und 21 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), hat der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach in seiner Sitzung am 28. Mai 2019 folgende Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige bei Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt die Höhe von Entschädigungen für die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit bei nachfolgenden Wahlen:
- a) Europawahl
 - b) Bundestagswahl
 - c) Landtagswahl
 - d) Kommunalwahl
 - Landratswahlen und -neuwahlen,
 - Kreistagswahlen,
 - Bürgermeisterwahlen und -neuwahlen,
 - Gemeinderatswahlen,
 - Ortschaftsratswahlen
 - e) Volksentscheiden und
 - f) Bürgerentscheiden
- (2) Sie gilt für die Vorsitzenden, Stellvertreter und sonstige Mitglieder der Wahl- bzw. Abstimmungsorgane der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach sowie für alle zum Einsatz kommenden ehrenamtlichen Hilfskräfte

§ 2
Wahl- und Abstimmungsorgane

In der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach werden bei Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden, den jeweiligen gesetzlichen Vorgaben entsprechend, folgende Wahl- bzw. Abstimmungsorgane mit ihren jeweiligen Mitgliedern gebildet:

a) Europawahlen

Wahlvorstände (Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)
Briefwahlvorstand (Briefwahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)

b) Bundestagswahlen und Landtagswahlen

Wahlvorstände (Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)
Briefwahlvorstände (Briefwahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)

c) Kommunalwahlen

Gemeindewahlausschuss bei Bürgermeisterwahlen bzw. -neuwahlen und Gemeinderats- und Ortschaftsratswahlen
(Vorsitzender, Stellvertreter, Beisitzer)

Wahlvorstände (Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)
Briefwahlvorstände (Briefwahlvorstände, Stellvertreter, Beisitzer)

d) Volksentscheide

Abstimmungsvorstände (Stimmbezirksvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)
Briefabstimmungsvorstände (Briefabstimmungsvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)

e) Bürgerentscheide

Gemeindewahlausschuss (Vorsitzender, Stellvertreter, Beisitzer)
Wahlvorstände (Wahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)
Briefwahlvorstände (Briefwahlvorsteher, Stellvertreter, Beisitzer)

§ 3

Höhe der Aufwandsentschädigung

- (1) Die Mitglieder des Gemeindewahlausschusses erhalten für die Teilnahme an einer einberufenen Sitzung eine Entschädigung in Höhe von:
 - a) Vorsitzender und dessen Stellvertreter 35,00 €
 - b) Beisitzer 25,00 €
- (2) Die Mitglieder der Wahlvorstände bzw. Stimmbezirksvorstände erhalten pro Wahl- bzw. Abstimmungstag eine Entschädigung in folgender Höhe:
 - a) Vorsteher 35,00 €
 - b) Stellvertreter, Schriftführer 35,00 €
 - c) Beisitzer 25,00 €
- (3) Die Mitglieder der Briefwahlvorstände bzw. Briefabstimmungsvorstände erhalten pro Wahl- bzw. Abstimmungstag eine Entschädigung in folgender Höhe:
 - a) Vorsteher 35,00 €
 - b) Stellvertreter, Schriftführer 35,00 €
 - c) Beisitzer 25,00 €
- (4) Ehrenamtliche Hilfskräfte erhalten je Wahl- bzw. Abstimmungstag eine Entschädigung in Höhe von 20,00 Euro.
- (5) Bei verbundenen Wahlen und Abstimmungen erhalten alle Mitglieder der Wahl- und Abstimmungsorgane einen einmaligen Entschädigungssatz entsprechend den Absätzen 2 und 3. Dieser Entschädigungssatz erhöht sich jedoch um 10,00 Euro.
- (6) Die Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 entfällt, wenn der Anspruchsberechtigte sein Amt tatsächlich nicht ausübt. Grundlage für die Zahlung des Sitzungsgeldes nach Absatz 1 ist die in der Sitzungsniederschrift ausgewiesene Anwesenheit der Anspruchsberechtigten. Die Aufwandsentschädigung bzw. Pauschale nach den Absätzen 2 bis 5 entfallen, wenn der Anspruchsberechtigte seine Funktion am Wahltag tatsächlich nicht ausübt.

§ 4 Inkrafttreten

Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit bei Wahlen, Volks- und Bürgerentscheiden der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach tritt zum 1. Mai 2019 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Wahlhelfer vom 12.06.2002 i. d. F. vom 13.08.2009 außer Kraft.

Dürrröhrsdorf - Dittersbach, den 28. Mai 2019

Jens - Ole Timmermann
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen - SächsGemO

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen nach § 4 Abs. 4 SächsGemO. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung der Satzung nicht öffentlich oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formfehlern und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**SITZUNGS-BESCHLUSS
zum TOP 7**

X öffentlich

O nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 14.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.:

- | | |
|--|---------------------------------|
| <input type="radio"/> MitJa-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> MitNein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |
-

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 28.05.2019

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss Nr.: /2019

- | | |
|--|---------------------------------|
| <input type="radio"/> MitJa-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> MitNein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> MitStimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |
-

Bezeichnung der Vorlage: Verkauf des Flurstückes 92/3 der Gemarkung Wilschdorf

Gesetzliche Grundlagen: § 90 SächsGemO

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des Flurstückes 92/3 der Gemarkung Wilschdorf mit einer Gesamtfläche von ca. 23 m² an:

**Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Schlosshof 2-4
01796 Pirna**

Der Verkaufspreis beträgt 3,20 €/m² und somit 73,60 €.

Begründung: Der Verkauf dient der Regulierung der Eigentumsverhältnisse an der Staatsstraße K 8704. Straßenbaulastträger ist der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.
Alle anfallenden Grunderwerbskosten werden vom Käufer übernommen.

Gesetzliche Zahl des Gemeinderates: 16
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war keine Gemeindevertreter /
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Siegel

.....
Timmermann
Bürgermeister

